

## Bündnis für (Frauen)Arbeit – Bestandsaufnahme und neue Ideen

Christina Klenner

Mit dem 1998 ins Leben gerufenen Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit startete die rot-grüne Bundesregierung den Versuch, gangbare Wege zum Abbau der Arbeitslosigkeit zwischen den drei Bündnisparteien – Gewerkschaften, Arbeitgeber und Staat – konsensfähig zu machen. Dabei wurde bald offensichtlich, dass Frauen weder angemessen unter den Akteur/innen des Bündnisses vertreten waren (und sind), noch Fraueninteressen im Rahmen der Bündnisgespräche eine nennenswerte Rolle spielten (und spielen). Die im Jahr 2000 konstituierten Equality-Arbeitsgruppen, die von der Hans Böckler Stiftung zur kritischen geschlechtersensiblen Begleitung des Bündnisses ins Leben gerufen worden waren, haben inzwischen erhebliche Defizite des Bündnisses in Bezug auf die Berücksichtigung von Fraueninteressen sichtbar gemacht. Im November 2000 wurde auf dem WSI-Herbstforum eine Bestandsaufnahme der Ziele, Strukturen und Ergebnisse des nationalen Bündnisses für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit aus Frauensicht vorgenommen. Das vorliegende Schwerpunkttheft dokumentiert Beiträge dieses Forums, erweitert um einen Beitrag von Astrid Ziegler zur Strategie des Gender Mainstreaming.

In einem ersten Block von Beiträgen wird das Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit einer kritischen Analyse unter Gender-Aspekten unterzogen, wobei die neuesten Entwicklungen seit dem Herbstforum in die Analyse aufgenommen worden sind.

Ingrid Kurz-Scherf attestiert dem Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit einen eklatanten Mangel an Geschlechterdemokratie. Es zeichne sich durch konsequente Nicht-Beteiligung von Frauen und Nicht-Befassung mit der Geschlechterproblematik aus. Das Bündnis nehme in keiner Weise den insbesondere von Frauen repräsentierten Modernisierungsbedarf hinsichtlich der sozialen Organisation von Arbeit auf, was sich als generelle Modernisierungsblockade geltend mache.

Klaus Lang, Mitglied der Steuerungsgruppe des Bündnisses, ist der Auffassung, dass die weitreichenden Erwartungen an das Bündnis auf der Strecke geblieben sind, und zwar in dem Maß, in dem die Regierung insgesamt ihren Anspruch einer sozial-ökologischen Reformpolitik aufgegeben hat. Das gilt insbesondere auch für die Gleichstellungspolitik und die Förderung der Erwerbstätigkeit von Frauen. Dennoch biete das Bündnis Chancen als zusätzliche Arena auch für die Gewerkschaften, unter anderem bei Themen wie Qualifizierung, Altersvorsorge und Überstundenabbau.

Elisabeth Vogelheim analysiert aus der Perspektive einer Akteurin, die selbst in der Arbeitsgruppe Aus- und Weiterbildung mitgearbeitet hat, die Defizite in der Struktur des Bündnisses, aus denen der Mangel an gleichstellungspolitischen Ergebnissen resultiere. Sie zeigt mit Gender Audit und Gender Task Force zugleich Instrumente auf, mit denen Geschlechterfragen im Bündnis verankert werden sollten.

Christina Klenner setzt die arbeitszeitpolitischen Schwerpunkte des Bündnisses wie Überstundenabbau, Arbeitszeitkorridore und Lebensorbeitszeitkonten in Relation zu den Arbeitszeitwünschen und

Interessen von Frauen. Problematisiert wird, dass die Verknüpfung von Erwerbsarbeit mit Kinderbetreuungs- und Pflegeaufgaben bei der Konsensbildung über eine zeitgemäße Arbeitszeitpolitik überhaupt keine Rolle spielen.

In einem zweiten Block werden die Perspektiven der Frauenerwerbsarbeit thematisiert und es wird der Frage nachgegangen, welche Themen aus Frauensicht auf die Agenda des Bündnisses gehören würden.

Hildegard Maria Nickel analysiert in ihrem Beitrag, wie die anhaltend gravierenden Arbeitsmarktprobleme in Ostdeutschland nicht nur die Ost-West-Polarisierung verschärfen, sondern zugleich zu sozialen Differenzen im Osten, insbesondere unter Frauen, führen. Jedoch sei weder die Ost-West-Spaltung des Arbeitsmarktes überhaupt auf der Agenda des Bündnisses, noch würde die dramatische Beschäftigungssituation ostdeutscher Frauen bisher zu einer Bündnisfrage gemacht.

Auf der Grundlage einer Projektion der Beschäftigungsentwicklung bis zum Jahre 2010 analysieren Gerhard Engelbrech und Maria Jungkunst, wie sich die Veränderungen von Tätigkeits- und Wirtschaftsstruktur auf die Beschäftigungschancen von Männern und Frauen voraussichtlich auswirken werden. Vom unverminderten Trend zu mehr Dienstleistungstätigkeiten und zunehmender Teilzeitschäftigung werden danach in Zukunft in erster Linie Frauen profitieren. Damit müssten sich aber Wirtschaft und Politik neuen Herausforderungen stellen. Vor allem müsse die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im betrieblichen Alltag selbstverständlicher werden.

Zu einer aktivierenden Arbeitsmarktpolitik stellt Birgitta Rabe neue Ideen zur Diskussion. Welche Chancen und Risiken beinhalten ein erweiterter Leistungsanspruch, eine intensivere Adressatenorientierung sowie die Einführung wettbewerblicher Elemente in der Arbeitsmarktpolitik für Frauen? Wenn sie gleichberechtigt auch an präventiven Maßnahmen partizipieren, Arbeitsämter ausreichende Beratung anbieten und geeignete Anreizstrukturen für qualifikationsadäquate Vermittlungen aufgebaut werden, könnten Frauen von einer aktivierenden Arbeitsmarktpolitik profitieren.

Ungeachtet aller Heterogenität der Lebensentwürfe von Frauen kommt dem gesellschaftlichen Umgang mit Fürsorgearbeit für die Erwerbschancen von Frauen eine besondere Bedeutung zu. Ute Klammer untersucht die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Kindererziehung in Deutschland und stellt die deutschen Verhältnisse auf der Basis von Ergebnissen eines europäischen Forschungsnetzwerks über erwerbstätige Mütter in den europäischen Kontext.

Astrid Ziegler analysiert vor dem Hintergrund der Situation von Frauen auf dem europäischen Arbeitsmarkt den Politikansatz des Gender Mainstreaming. Ihm liegt die Idee zugrunde, dass die geschlechterbezogene Sichtweise in alle Politikbereiche und in alle Phasen politischer Entscheidungsprozesse einzubeziehen ist. Hierzu müsste auch die Bundesrepublik Deutschland noch erhebliche Anstrengungen unternehmen.